

Wählen heißt mitregieren!

Am 14. Juni entscheiden wir uns für die Kandidaten der Nationalen Front.

LEBENDIGE DEMOKRATIE

WAHGESPRÄCHE ÜBER FRÜCHTE UND AUFGABEN DER POLITIK DES X. PARTEITAGES AN DER SEKTION JOURNALISTIK

Rechenschaftslegung von Abgeordneten, Vorstellung von Kandidaten zur Wahl am 14. Juni, Diskussion über die Rolle der sozialistischen Demokratie bei der Verwirklichung der Beschlüsse des X. Parteitag, Vorbereitung auf den Einsatz als Agitatoren am Wahlsonntag im Stadtbezirk Nordost - all das stand im vergangenen Montag bei den öffentlichen APO-Versammlungen in der Sektion Journalistik auf der Tagesordnung.

Gesprächspartner der Studenten des 1. Studienjahres war der Nachfolgekandidat der Obersten Volksvertretung unserer Republik, Prof. Dr. sc. Uhlmann, Sektion Physik (SED). In seinen sehr persönlich gehaltenen Ausführungen verwies er besonders auf eine Erkenntnis seiner Tätigkeit, die er gewonnen habe: die zunehmende Komplexität und Komplexiertheit unserer gesellschaftlichen Entwicklung erfordert immer mehr wissenschaftliche Voraussicht bei der Lenkung und Leitung dieser Entwicklung. So hat er gerade in den letzten Jahren seine Fähigkeiten, auch als Hochschullehrer an der Karl-Marx-Universität, verstärkt in den Dienst der Wissenschaftsentwicklung in unserer Republik gestellt. „Für diese Aufgaben“, so unmissverständlich Uhlmann, „stellt unser Land auch im internationalen Vergleich einen beträchtlichen Teil des Staatshaushaltes zur Verfügung.“ Als Beispiele dafür nannte er die weitreichenden Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Mikroelektronik.

Abgeordnete der Stadtverordnetenversammlung Leipzig berichteten den Studenten des 2. und 3. Studienjahres über ihre Arbeit in der Volksvertretung der Messestadt. An Hand ihrer Tätigkeit in den ständigen Kommissionen demonstrierten Prof. Dr. Haustein, Direktor der Hautklinik (SED), und Dr. Ebert, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Sektion TV (DSD), wie sozialistische Demokratie in unserer Republik zum Nutzen des Volkes wirkt. Prof. Haustein, der in der Kommission Gesundheits- und Sozialwesen arbeitet, berichtete über die großen Anstrengungen, die gesundheitliche Betreuung der Bürger der Messestadt, aber auch der vielen Studenten in Leipzig, ständig zu verbessern. Durch Kontrollen und Arbeitsbesuche „vor

Ort“ nehmen die Abgeordneten unmittelbaren Einfluß auf die Entscheidungen der staatlichen Organe.

Die Palette der Fragen an Dr. Ebert, Mitglied der Ständigen Kommission Handel und Versorgung, reichte über Ladenöffnungszeiten, den Bau neuer Kaufhallen, die gastronomische Versorgung in Lößnitz bis zu Fragen der Werterhaltung. Zu all diesen Fragen erhielten die Studenten interessante Auskünfte und überzeugende Argumente für die massenpolitische Arbeit auch nach der Wahl am 14. Juni.

Den Studenten des 4. Studienjahres stellte sich Dr. Wonsack vor. Der Generaldirektor des Außenhandelsbetriebes Verpackung und Bürobedarf Leipzig kandidiert erstmals für den Bezirkstag Leipzig. Er sprach über seine persönlichen Vorstellungen, mit denen er nach seiner Wahl das verpflichtende Amt eines Abgeordneten des Volkes ausüben will.

In den sehr lebhaften und ausführlichen Diskussionen in allen vier Versammlungen, an denen zahlreiche parteilose Freunde und Mitglieder anderer Blockparteien teilnahmen, spielte ein Gedanke stets eine

wesentliche Rolle: Wahl der Kandidaten der Nationalen Front am 14. Juni bedeutet in erster Linie ein Bekenntnis zur auf die Erhaltung des Friedens gerichteten Politik unseres Staates als Grundvoraussetzung für die Weiterführung der Verwirklichung der Politik der Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Am Beispiel des Stadtbezirkes Leipzig-Nordost, hier werden die Journaliststudenten am Wahltag im Einsatz sein, wurde deutlich gemacht, welche Ergebnisse zwischen dem IX. und X. Parteitag auch in der Messestadt Leipzig erzielt wurden. Leitende Mitarbeiter des Rates, so u. a. Genosin Hilde Tomczak, 1. Stellv. des Stadtbezirksbürgermeisters, vermittelten den Studenten wichtige Argumente für das Gespräch mit den Wählern. Dabei wurden auch eine Reihe von Problemen, die es gerade in diesem traditionsreichen Leipziger Arbeiterstadtbezirk gibt, nicht verschwiegen. Wie ihre Lösung in Angriff genommen werden kann, welche Wege und Möglichkeiten zur Verfügung stehen, konnten die anwesenden Abgeordneten konkret nachweisen.

Dr. Manfred Anders



PROF. DR. ARMIN UHLMANN, langjähriger Volkskammerabgeordneter, stand den Studenten des 1. Studienjahres der Sektion Journalistik Rede und Antwort. Fotos: Riede



Unsere Stimme für den Frieden

Im Wahlauftrag heißt es: „Leidenschaftlich unterstützen wir die Friedensvorschläge des XXVI. Parteitag der KPdSU.“ Ihren ständigen Bemühungen um Frieden und Abrüstung ist es letztendlich zu danken, daß wir, seit 36 Jahren ohne Krieg leben. Wir gebieten jener Generation an, die viele Tage und Nächte ihrer Kindheit im Luftschutzraum verbringen mußten, bedroht von anglo-amerikanischen Bombern. Um unseren Kindern und Enkelkindern solche Erlebnisse zu ersparen, ist es notwendig, daß wir auch weiterhin unsere ganze Kraft einsetzen, daß der Frieden erhalten bleibt. Schon deshalb geben wir den Kandidaten der Nationalen Front am 14. Juni unsere Stimme.

Ruth Liegl, Klara Koslowski, Abt. Mensen, gastr. Einricht.

Kein passives JA-Wort

In diesem Monat wählen wir die Kandidaten für die höchste Volksvertretung unseres Landes. Eine solche Entscheidung ist jedoch nicht ein einfaches, passives Ja-Wort, sondern hinter diesem Bekenntnis steht unser großes Vertrauen einerseits zu den Abgeordneten, welches sie sich durch gute Arbeit in ihren Kollektiven erworben haben, und andererseits zu all denen, die mit ihren Leistungen dazu beitragen, unsere Beschlüsse zu verwirklichen.

Für mich als „frischgebackene“ Mutter wird diese Entwicklung besonders deutlich. Die gute Betreuung während der Schwangerschaft, jetzt die hervorragende Fürsorge des Gesundheitswesens für meinen kleinen Sohn, die staatlich gestützte Kinderbekleidung und vor allem die Sicherheit und Geborgenheit, in der mein Kind aufwachsen kann - all das sind nur einige wenige Beispiele, die jeden Tag spürbar sind und nur durch unsere gute und richtige Politik und die Arbeit aller Werktätigen ermöglicht werden. Deshalb gebe ich meine Stimme den Kandidaten der Nationalen Front.

Julia Beyer, Phil. WK



Gesicherter Arbeitsplatz
14. JUNI 1981
dafür
unsere Stimme

Antwort auf Wählerfragen

Wie helfen Wählerliste und Wahlschein das Wahlrecht zu sichern?

Nach dem Wahlgesetz werden zur Vorbereitung jeder Wahl Wählerlisten aufgestellt, in denen die wahlberechtigten Bürger aufgeführt sind. Die Wählerlisten dienen dazu, jedem Bürger das Wahlrecht zu sichern und eine mehrfache Stimmabgabe für die Wahl der gleichen Volksvertretung auszuschließen. Wählen kann nur, wer in die Wählerliste seines Wahlbezirks eingetragen ist.

Verantwortlich für die Aufstellung der Wählerlisten sind die Räte der Städte, Stadtbezirke und Gemeinden. Die Wählerlisten werden gesondert für jeden Wahlbezirk angelegt, d. h. für den Bereich, in dem sich das Wahllokal befindet und die Stimmabgabe erfolgt. Die Räte der Städte, Stadtbezirke und Gemeinden legen die Wählerlisten zur öffentlichen Einsichtnahme aus, und zwar in der Zeit vom 21. bis 7. Tag vor dem Wahltag.

Jeder wahlberechtigte Bürger hat das Recht, sich zu überzeugen, ob er in der Wählerliste eingetragen ist, nötigenfalls die Eintragung zu verlangen.

Jeder Bürger ist berechtigt, Einspruch gegen die Eintragungen in der Wählerliste beim zuständigen Rat einzulegen. Durch den Rat sind die Angaben sorgfältig zu prüfen und - wenn erforderlich - zu berichtigen. Wenn die Berichtigung abgelehnt wird, kann der Antragsteller bei der zuständigen Wahlkommission Beschwerde einlegen.

Um allen Bürgern das Wahlrecht zu gewährleisten und die Richtigkeit der Wählerlisten zu sichern, wird jeder Wahlberechtigte schriftlich über seine Eintragungen in die Wählerliste (Wahlbenachrichtigungskarte) informiert. Diese Aufgabe wird durch Wahlhelfer der Nationalen Front wahrgenommen, die gemeinsam mit dem Bürger die Angaben auf der Wahlbenachrichtigungskarte (und damit die Richtigkeit der Eintragung in die Wählerliste) überprüfen. Notwendige Korrekturen werden dem zuständigen Rat mitgeteilt, der die Wählerliste berichtigt.

Die Übermittlung der Wahlbenachrichtigungskarten wird zugleich für ein politisches Gespräch mit den Wählern genutzt. Die Wahlhelfer informieren über die Kandidaten im Wahlkreis, über die öffentlichen Tagungen der Ausschüsse der Natio-

nen Front und die weitere Vorstellung der Kandidaten, beantworten Fragen der Wähler und nehmen ihre Anregungen und Vorschläge entgegen. Die Wahlbenachrichtigungskarten sollen von den Wählern am Wahltag zur Stimmabgabe mitgeführt werden, um den Ablauf der Wahlhandlung (besonders die Feststellung der Eintragung in der Wählerliste) zu erleichtern.

Besondere Bestimmungen zur Sicherung des Wahlrechts enthält das Wahlgesetz für den Fall, daß ein Bürger aus der Wählerliste gestrichen werden soll. Dem Bürger ist Gelegenheit zu geben, sich dazu zu äußern; die Streichung ist ihm unverzüglich mitzuteilen. Der Bürger hat das Recht, beim zuständigen Kreisgericht die Aufhebung der Entscheidung zu beantragen. Dasselbe gilt, wenn die Eintragung eines Bürgers in die Wählerliste abgelehnt wird. Das Kreisgericht entscheidet in öffentlicher Verhandlung unter Mitwirkung des Bürgers und eines Vertreters des Rates; seine Entscheidung ist endgültig.

Das Wahlgesetz ermöglicht auch den Bürgern die Ausübung des Wahlrechts, die am Wahltag verhindert sind, in ihrem Wahlbezirk zu wählen.

Diese Bürger können bei ihrem zuständigen Rat einen Wahlschein beantragen, der dazu berechtigt, bei der Wahl zur Volkskammer am Wahltag in jedem Wahllokal der Republik zu wählen. Werden die örtlichen Volksvertretungen gewählt, so kann mit dem Wahlschein nur die Volksvertretung gewählt werden, in deren Territorium der Bürger wohnhaft ist; der Wahlschein berechtigt nur zur Stimmabgabe in einem Wahllokal innerhalb des Territoriums der zu wählenden Volksvertretung.

Für die Bürger, die sich am Wahltag außerhalb der Republik oder des Territoriums der zu wählenden Volksvertretung befinden, besteht die Möglichkeit, mit dem Wahlschein in den Sonderwahllokalen zu wählen. Sie werden in der Regel drei Wochen vor dem Wahltag eröffnet. In den Städten, Stadtbezirken und Gemeinden, in denen sich das Sonderwahllokal im Gebäude des jeweiligen Rates befindet, kann die Stimmabgabe vor dem Wahltag nach Vorlage des Personalausweises ohne Wahlschein erfolgen. Das wird in der (hier ausliegenden) Wählerliste vermerkt.

Unsere Kandidaten für den Bezirkstag



Prof. Dr. sc. oec. HORST STEIN (46 Jahre), 1. Prorektor der Karl-Marx-Universität, ist seit Beruf Diplomb-Jurist. Seit 1953 gehört er der Partei der Arbeiterklasse an und seit 1976 ist er Mitglied der SED-Kreisleitung KMU. Prof. Stein kandidiert im Wahlkreis 2 (Mitte).



Dr. med. BARBARA MITTELSTEND (39 Jahre), ist als wissenschaftliche Assistentin auf dem Gebiet der Mikrobiologie am Bereich Medizin tätig. Sie ist seit 1972 Mitglied der CDU und seit 1974 gehört sie einem Stadtbezirksvorstand ihrer Partei an. Sie bewirbt sich im Wahlkreis 2 (Mitte) um ein Mandat.



PETRA RICHTER (30 Jahre), studiert an der Sektion Germanistik und Literaturwissenschaften. Sie ist Mitglied der LDFD und kandidiert für den Wahlkreis 8 (Süd).



Dr. med. PETER MAGER (34 Jahre), wissenschaftlicher Assistent am Bereich Medizin, leitet die Forschungsgruppe für Pharmakochemie. Seit 1979 gehört er der NDPD an. Dr. Peter Mager ist Kandidat für den Wahlkreis 7 (Süd).



BARBARA FRANKENBERG (28 Jahre), ist am Herder-Institut als Lehrerin im Hochschuldienst tätig. Die Diplom-Germanistin ist seit 1971 Mitglied der LDFD und seit 1977 Vorsitzende einer Grundeinheit ihrer Partei. Um ein Mandat für den Bezirkstag bewirbt sie sich im Wahlkreis 1 (Mitte).



Prof. Dr. phil. habil. WERNER MÜLLER (58 Jahre), Leiter des Lehrstuhlbereiches Historischer Materialismus an der Sektion Phil. WK ist seit 1950 Mitglied der SED. Bereits seit 1967 hat er das Vertrauen der Wähler und arbeitet als Bezirks-tagsabgeordneter. Im Wahlkreis 1 (Süd) kandidiert er erneut für den Bezirkstag.



MR Dr. med. ROLAND ROGOS (43 Jahre), ist Dozent und Leiter der Abteilung Gastroenterologie der Medizinischen Klinik der KMU. Der SED gehört er seit 1955 an. Er arbeitet seit 1976 als Abgeordneter des Kreistages Altenburg in der Kommission Gesundheitswesen und bewirbt sich nun um ein Mandat im Wahlkreis 9 (Südwest).